

Beabsichtigte Beendigung der Regionalen Lehrerfortbildung löst viele Probleme aus

Lehrerfortbildung darf nicht zur Ware werden

VON MICHAEL STROHSCHNEIN

Anfang September wurden die regionalen Fortbildungsbeauftragten aus Niedersachsen in Bad Nenndorf mit der „Grundsatzentscheidung“ des Kultusministers zur abrupten Beendigung der Regionalen Lehrerfortbildung konfrontiert. Schon im Herbst nächsten Jahres sollen sie mit ihrer vollen Stundenzahl in den Unterricht zurückkehren.

Statt das Fortbildungsangebot in der bisherigen regionalisierten Form anzunehmen, sollen die Schulen mit einem – höchstwahrscheinlich marginalen – Budget auf dem „Bildungsmarkt“ die für sie passende Fortbildung einkaufen können.

Dieser „Bildungsmarkt“ soll für alle Anbieter geöffnet werden, wobei in einem Erlass die Zulassung (Akkreditierung) und die einzuhaltenden Qualitätsnormen (Zertifizierung) geregelt würden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass internationale Bildungskonzerne im Rahmen der GATS (General Agreement on Trade in Services) Verhandlungen auf den lukrativen deutschen Markt drängen und die Fragen von Akkreditierung und Zertifizierung von Angeboten zurzeit noch Konfliktpunkte in diesen Verhandlungen sind.

Das Erfolgsmodell der Regionalisierung der Fortbildung wäre damit beendet und würde durch das Prinzip Hoffnung auf das Marktmodell ersetzt werden. Auch die regionale Lehrerfortbildung in Niedersachsen würde damit zur Ware.

Dieses Marktmodell soll „unproduktive“ Verwaltungsstellen einsparen, kosteneffizienter sein, neue Perspektiven eröffnen und passgenaue Lösungen für die „eigenverantwortliche“ Schule ermöglichen.

Aus dem breiten Protest gegen diesen völligen Kurswechsel bei der Fortbildung wie z. B. der einstimmig angenommenen Resolution des GEW-Bezirksverbandes Weser-Ems: „Der Bildung werden die Wurzeln gekappt, Hände weg von der Regionalen Lehrerfortbildung“, dem diesbezüglichen Dring-

lichkeitsantrag des Bezirksverbandes Braunschweig auf der Landesdelegiertenkonferenz und der Forderung nach dem Erhalt von Fortbildungszentren durch die SPD in Weser-Ems ragt ein vielbeachtetes Argumentationspapier des Leiters des Regionalen Pädagogischen Zentrums Aurich (RPZ) Dr. Dirk Gerdes heraus. Darin setzt er sich mit den Annahmen des kultusministeriellen Marktmodells auseinander und kommt zu einem vernichtenden Ergebnis:

Denn durch die Rückkehr der Fortbildungsbeauftragten in die Schulen würden landesweit lediglich 13 Vollzeitstellen gewonnen. Demgegenüber müssten die Schulen die informierende, aktivierende und koordinierende Funktion der Fortbildungsbeauftragten dann aus eigenen Kapazitäten ersetzen. Lege man allein für die Fortbildungsregion Ostfriesland ca. 100 größere Schulsysteme zugrunde und unterstelle ein Minimum von durchschnittlich zwei Anrechnungstunden für diese Funktionen, dann „vervielfacht sich die für Fortbildungsorganisation auf regionaler Ebene eingesetzte Lehrerarbeitszeit mindestens um den Faktor 10!“

Gerdes bezweifelt außerdem, dass durch die Einrichtungen der Erwachsenenbildung als „freie Anbieter“ Kostenersparnisse erzielt werden könnten. Es sei eine realitätsferne Annahme, dass Lehrerfortbildung durch freie Anbieter preisgünstiger zu finanzieren sei. Es fände allenfalls eine Kostenverlagerung auf die kommunale Ebene und interessierte Privatanbieter, die sich über Lehrerfortbildung Einfluss versprechen, statt. Er geht im Gegenteil von einer Verteuerung der Angebote aus und meint: „Nach den bisherigen Erfahrungen, die das RPZ in der Kooperation mit freien Anbietern gemacht hat, ist sogar von einer erheblichen Kostensteigerung auszugehen, die von den zu erwartenden Budgetmitteln der Schulen nicht einmal ansatzweise aufzufangen sein wird.“

Dass die schlagartige Abschaffung der Lehrerfortbildung und das Vordringen freier Anbieter eine neue

positive Entwicklungsdynamik erzeuge, bezweifelt der RPZ-Leiter vehement, indem er die Erfolge des bisherigen Regionalkonzeptes benennt. Aufgrund ausführlicher Bestandsaufnahmen/Evaluationen stünde zumindest fest, dass Lehrerfortbildung in Niedersachsen noch nie „so engagiert, schulnah, preisgünstig und mit so großer Akzeptanz betrieben worden ist, wie in den letzten zehn Jahren der dezentralisierten, regionalisierten Form.“

Konzeptionell sei daher die Argumentation des Kultusministeriums kaum nachvollziehbar. Im Gegenteil: Auch für eine pädagogisch mehr „eigenverantwortliche“ Schule, die für Qualitätssicherung und -entwicklung Verantwortung übernehme, sei ein schulnahes, nachhaltiges, entwicklungsorientiertes Moderations- und Netzwerkkonzept in kollektiver Selbstorganisation unabdingbar. Dieses Konzept könne das Marktmodell gerade nicht gewährleisten. Es wird aber zurzeit niedersachsenweit durch die regionale Fortbildung in beachtenswertem Maße unterstützt. Regionale Netzwerke seien keine Ad-hoc-Projektgruppen, die sich beliebig einrichten und wieder abschaffen ließen. Hier drohe eine regionale Fortbildungskultur zerstört zu werden, deren Effekte in kurzatmiger Zentralisierung, Kommerzialisierung und „Flexibilisierung“ nicht zu erreichen seien.

Der GEW-Bezirksvorsitzende Dieter Knutz (Elsfleht) appellierte anlässlich einer Vorstandssitzung in Kirchhatten an die Verantwortung der neuen Landesregierung bei der Fortbildung für Chancengleichheit im ländlichen Raum zu sorgen und bekräftigte: „Mit der Einrichtung von Schulbudgets wird den Schulen die Verantwortung für die zukünftige Fortbildungsmisere aufgebürdet, um von der finanziellen Verantwortung des Landes abzulenken. Ohne die regionale Lehrerfortbildung werden Schulentwicklung und Qualitätsverbesserung Worthülsen bleiben. Bildung und Schulentwicklung werden die Wurzeln gekappt.“

Nach Celle – ein neuer Start ist gemacht



Ein Kommentar von
EBERHARD BRANDT

Die Landesdelegiertenkonferenz in Celle liegt hinter uns. Interessante Gäste haben referiert:

Kultusminister Bernd Busemann gab uns bei seiner Rede mehrere Signale: Er nimmt die GEW als Bildungsgewerkschaft ernst und will sich mit ihr auseinandersetzen. Er will einerseits „eine gerade Furche“ konservativer Bildungspolitik ziehen. Er präsentiert sich andererseits aber auch als gewandter, witziger und toleranter Emsländer in der Nachfolge von Werner Remmers und bekundet seine Gesprächsbereitschaft mit der GEW deutlich. Das Gesprächsangebot nehmen wir gerne an. Doch daran darf kein Zweifel bestehen: Seine konservative Politik werden wir bekämpfen, vor allem, wenn Bildungsausgaben gekürzt, die Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer, der Pädagoginnen

und Pädagogen weiter erhöht werden. Konservative Bildungsvorstellungen beziehen sich auch auf die Inhalte und Formen des Unterrichts. Reformpädagogisch orientierte Arbeit wurde von der CDU bereits kritisiert, als sie noch Oppositionspartei war. Diesen Kurs setzt sie jetzt als Regierungspartei mit der Überarbeitung der Stundentafeln fort. Die alternativen Stundentafeln sollen sogar ganz abgeschafft werden. Der reine Fachunterricht vor allem in den Kernfächern zählt. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die zentralen Abschlussprüfungen. Für die GEW stellt sich die Aufgabe, Reformpädagogik und ihre Rahmenbedingungen zu erhalten.

Hartmut Tölle hat die Erfahrungen des DGB mit der Politik der Senkung der Löhne, des Abbaus der sozialstaatlichen Regelungen und des Angriffs auf das Tarifrecht vermittelt. Einer solch massiven Offensive seien die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften lange nicht mehr ausgesetzt gewesen. Die aktuellen sozial- und finanzpolitischen Pläne der Bundesregierung verurteilte Tölle mit deutlichen Worten. Die sozialdemokratische Regierung sei nicht länger der verlässliche Bündnispartner des DGB.

Prof. Birgit Mahnkopf knüpfte an diese Aussage an, als sie forderte, die Gewerkschaften sollten ihre politische Autonomie aktiv wahrnehmen und sich neue Bündnispartner im Bereich der Globalisierungsgegner suchen. Diese treten dafür ein, öffentliche Güter und Dienstleistungen, Sozialleistungen, optimale Krankenversorgung und freien Zugang zu Bildung und Ausbildung weiterhin wohlfahrtsstaatlich zu organisieren und nicht im Zuge neoliberal inspirierter (Teil)Privatisierung der Marktdynamik zu unterwerfen.

Und schließlich: Ein neuer Geschäftsführender Vorstand ist gewählt. Ein paar von uns sind alte Hasen und kennen die Vorstandsarbeit schon lange: Hans Lehnert, Bernd Rebens, Matthias Feuser, Günther Hucker, Michael Strohschein und ich. Wie schön, dass Kerstin Harjes, Angela Drescher und Henner Sauerland den Schritt in den Vorstand wagen. Ein Grund mehr, darauf zu achten, dass die Inhalte und Formen unserer Arbeit zum Mitmachen einladen. Die Ergebnisse des Gender-Trainings im alten GV und der Fragebogen von Ute Wiesenacker können uns helfen, das zu werden, was wir werden müssen: ein Team.

10/2003